



FRANK SCHMITT

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

Newsletter

Hamburg, im Januar 2026

Sehr geehrte Damen und Herren; Liebe Freundinnen und Freunde!

Zu Beginn dieser ersten Ausgabe im neuen Jahr wünsche ich Ihnen ein gesundes und zuversichtliches Jahr 2026. In diesem Newsletter berichte ich erneut über meine Arbeit in der Hamburgischen Bürgerschaft und im Wahlkreis und ordne Entwicklungen ein, die uns seit dem letzten Newsletter beschäftigt haben.

In dieser Ausgabe geht es unter anderem um die aktuelle Debatte, wie wir unserer Demokratie vor Verfassungsfeinden schützen, um Solidarität mit den Menschen im Iran sowie um Beschlüsse und Vorhaben, die den Alltag in Hamburg ganz konkret betreffen. Dazu gehören Fragen der Mobilität – vom Seniorenticket über das Nachtbusnetz bis hin zum bezahlbaren Führerschein und mehr Verkehrssicherheit – ebenso wie aktuelle Entwicklungen beim Wohnungsbau und bei großen Projekten der Stadtentwicklung.

Aus dem Wahlkreis berichte ich über konkrete Fortschritte vor Ort. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Start der Beteiligungsveranstaltungen zur U5 für Lurup und Osdorf, an denen deutlich wird, dass dieses Projekt nun ernsthaft vorangebracht wird. Daneben geht es um Verbesserungen im öffentlichen Raum, um die Unterstützung von Vereinen und ehrenamtlichem Engagement sowie um viele Gespräche und Begegnungen im Wahlkreis.

Zum Schluss lade ich Sie herzlich ein, Politik auch persönlich zu erleben: Besuchen Sie eine Bürgerschaftssitzung, kommen Sie mit mir auf einen Rundgang durch das Hamburger Rathaus oder nutzen Sie die Gelegenheit zum Austausch bei einem Frühlingsempfang. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich auf den weiteren Austausch.

Herzliche Grüße

Ihr und Euer

Frank Schmitt

Wahlkreisabgeordneter für Lurup, Osdorf, Iserbrook, Groß Flottbek, Rissen, Sülldorf, Blankenese, Nienstedten

Aktuelles aus Stadt und Bürgerschaft

Demokratie verteidigen – mit klaren Regeln und rechtsstaatlicher Verantwortung

In der ersten Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft im neuen Jahr stand sowohl in der Aktuellen Stunde als auch mit einem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen die Frage eines möglichen AfD-Verbotsverfahrens auf der Tagesordnung. Für mich ist dabei entscheidend: Der Schutz unserer Demokratie ist keine Frage von Tagespolitik, sondern eine verfassungsrechtliche Verpflichtung. Wenn Parteien systematisch die Menschenwürde relativieren, Menschen ausgrenzen und die Grundlagen unseres Rechtsstaats angreifen, darf ein demokratischer Staat nicht wegsehen. Unsere Geschichte verpflichtet uns, wachsam zu sein und die Instrumente der wehrhaften Demokratie verantwortungsvoll zu nutzen.

Gleichzeitig ist mir ein Punkt besonders wichtig: Über ein Parteiverbot entscheiden weder Parlamente noch Regierungen und auch nicht andere Parteien. Ein solches Verbot kann ausschließlich das Bundesverfassungsgericht aussprechen – auf Grundlage klar festgelegter verfassungsrechtlicher Kriterien. Genau diese Trennung von politischer Debatte und rechtlicher Entscheidung ist ein Kern unseres Rechtsstaats und schützt vor Willkür.

Unser Antrag zielt deshalb bewusst nicht auf ein vorschnelles Verbot, sondern auf ein rechtssicheres, gestuftes Vorgehen. Vorgesehen ist eine sorgfältige Prüfung der Voraussetzungen auf Bundesebene, sobald die rechtliche Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem im Eilverfahren des Verwaltungsgerichtes Köln bestätigt ist. Dann sollen die vorhandenen Erkenntnisse zusammengeführt und bewertet werden, um zu klären, ob sie für ein tragfähiges Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ausreichen. Dabei sollen ausdrücklich auch andere verfassungsrechtliche Optionen wie der Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung geprüft werden.

Dieses Vorgehen ist sachlich, rechtsstaatlich und frei von Aktionismus. Es nimmt sowohl die Gefahren ernst, die von verfassungsfeindlichen Bestrebungen ausgehen, als auch die bewusst hohen Hürden, die das Grundgesetz für ein Parteiverbot vorsieht. Beides gehört für mich untrennbar zusammen.

Unabhängig davon bleibt klar: Ein mögliches Verfahren ersetzt nicht die politische Auseinandersetzung. Demokratische Kräfte müssen extremistischen Positionen weiterhin entschieden widersprechen und für eine offene, vielfältige Gesellschaft eintreten.

Hamburg hat immer wieder gezeigt, dass diese Stadt für Vielfalt, Weltoffenheit und den Schutz der Demokratie einsteht. Mit diesem Antrag leisten wir dazu einen sachlichen und verantwortungsvollen Beitrag.

👉 Den Antrag finden Sie in der Parlamentsdatenbank unter www.buergerschaft-hh.de/parldok nach Eingabe der Drucksachennummer 23/2520.

Hamburg setzt Zeichen der Solidarität mit den Menschen im Iran

Die Hamburgische Bürgerschaft befasst sich am 28. Januar 2026 mit einer fraktionsübergreifenden Resolution zur aktuellen Lage im Iran. SPD, CDU und GRÜNE verurteilen darin gemeinsam das brutale Vorgehen des iranischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung und erklären ihre Solidarität mit den Menschen, die unter hohem persönlichem Risiko für Freiheit, Würde und Selbstbestimmung eintreten.

Zugleich wird der Senat aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, die iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als Terrororganisation einzustufen. Sie gelten als zentraler Bestandteil des Repressionsapparates und sind maßgeblich für Gewalt, willkürliche Inhaftierungen und schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Darüber hinaus soll weiterhin konsequent gegen regimennahe Strukturen und extremistische Einflussnahme in Hamburg vorgegangen werden.

Hamburg trägt dabei eine besondere Verantwortung: In der Stadt lebt die größte iranische Community Europas. Viele Hamburgerinnen und Hamburger bangen derzeit um Angehörige und Freunde im Iran. Mit der gemeinsamen Resolution zeigt die Bürgerschaft, dass Hamburg nicht wegschaut und solidarisch an der Seite der Menschen steht, die im Iran – und hier bei uns in der Stadt mit ihren Familien – für Freiheit, Menschenrechte und Würde kämpfen.

📌 Den Antrag finden Sie in der Parlamentsdatenbank unter www.buergerschaft-hh.de/parldok nach Eingabe der Drucksachennummer 23/2710.

Seniorenticket kommt: Mehr Mobilität und spürbare Entlastung ab Mai 2026

Gute Nachrichten für viele ältere Menschen in Hamburg: Ab dem 1. Mai 2026 wird es ein vergünstigtes hhv-Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren geben. Das neue Ticket kostet dann für alle Hamburgerinnen und Hamburger ab 67 Jahren nur noch 49 Euro im Monat statt regulär 63 Euro. Damit bleiben jährlich 168 Euro mehr im Portemonnaie. Alle, die bereits ein hhv-Deutschlandticket nutzen, werden rechtzeitig vor dem 1. Mai persönlich angeschrieben und über das neue Angebot informiert.

Die Einführung kommt nicht von ungefähr. Bereits im Januar 2025 haben SPD und Grüne mit einem gemeinsamen Antrag den Senat beauftragt, ein kostengünstigeres ÖPNV-Ticket für Seniorinnen und Senioren auf den Weg zu bringen. Damit wird nun ein Vorhaben umgesetzt, das die SPD im Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl im vergangenen Jahr angekündigt hatte.

Hintergrund ist auch eine tarifliche Lücke: Das frühere hhv-Seniorenticket wurde mit Einführung des Deutschlandtickets abgeschafft, zugleich ist der Preis des Deutschlandtickets zuletzt gestiegen. Gerade deshalb braucht es wieder ein passendes Angebot für ältere Menschen. Mit der Ticketvariante für 49 Euro ist dafür eine gute Lösung gefunden worden. Für bedürftige Seniorinnen und Senioren gilt in Hamburg weiterhin der Sozialrabatt, mit dem ein Deutschlandticket künftig nur 27,50 Euro im Monat kostet.

Zusammen mit den kostenlosen Schülertickets sowie den Vergünstigungen für Auszubildende, Studierende und Beschäftigte ist die Ticketfamilie rund um das Deutschlandticket damit vollständig. Das Seniorenticket stärkt die selbstständige Mobilität im Alltag, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und entlastet viele ältere Menschen ganz konkret. Es setzt ein zentrales Versprechen um und unterstreicht, dass bezahlbare Mobilität in Hamburg in jeder Lebensphase dazugehört.



Bezahlbar mobil im Alltag: Das vergünstigte hhv-Deutschlandticket entlastet Seniorinnen und Senioren und stärkt die selbstständige Mobilität.

Bild: KI-generiert mit Unterstützung von ChatGPT (OpenAI)

Auch nachts mobil: Das neue Nachtbusnetz in Hamburg

Seit dem 14. Dezember 2025 ist das neue Nachtbusnetz in Hamburg in Betrieb und macht den öffentlichen Nahverkehr auch nachts verlässlicher. Damit reagiert die Stadt auf veränderte Lebens- und Arbeitszeiten und sorgt dafür, dass Menschen auch unter der Woche sicher, gut angebunden und planbar unterwegs sein können. Für viele Hamburgerinnen und Hamburger ist das ein spürbarer Fortschritt – gerade dann, wenn die Schnellbahnen nachts pausieren.

Kern des neuen Konzepts sind durchgängig fahrende Metrobuslinien. Mehrere wichtige Linien verkehren nun rund um die Uhr und ersetzen bisherige Nachtbusangebote. Insgesamt ist die Zahl der Buslinien im 24/7-Betrieb deutlich gestiegen. Gleichzeitig wurden zusätzliche Anschlussknoten geschaffen, sodass Umstiege in der Nacht besser funktionieren und Wartezeiten reduziert werden. Das Nacht Netz orientiert sich stärker am Tagesnetz und wird dadurch übersichtlicher und einfacher nutzbar.

Besonders wichtig ist das für Menschen, die im Schichtdienst arbeiten, etwa im Gesundheitswesen, bei Polizei, Feuerwehr, Reinigung oder Logistik. Auch frühe Arbeitswege, zum Beispiel zum Flughafen, lassen sich mit dem neuen Angebot besser bewältigen. Ein verlässlicher öffentlicher Nahverkehr in der Nacht bedeutet zudem mehr Sicherheit und Planbarkeit – niemand soll nachts lange auf Anschlüsse warten oder an Haltestellen stranden.

Gerade im Hamburger Westen bringt das neue Nachtbusnetz spürbare Verbesserungen. So fährt der MetroBus 3 nun auch nachts mindestens im 30-Minuten-Takt bis zum Schenefelder Platz und anschließend als MetroBus 21 weiter bis in den Osdorfer Born (Immenbusch) und jeder zweite weiter bis EEZ (Julius-Brecht-Straße).

Mit dem neuen Nachtbusnetz wird Hamburg moderner, alltagstauglicher und gerechter – nicht nur am Tag, sondern rund um die Uhr



Auch nachts mobil: Das neue Nachtbusnetz sorgt für verlässliche Verbindungen in ganz Hamburg.

Bild: © Hamburger Hochbahn AG

Führerschein bezahlbar halten und Verkehr sicherer machen

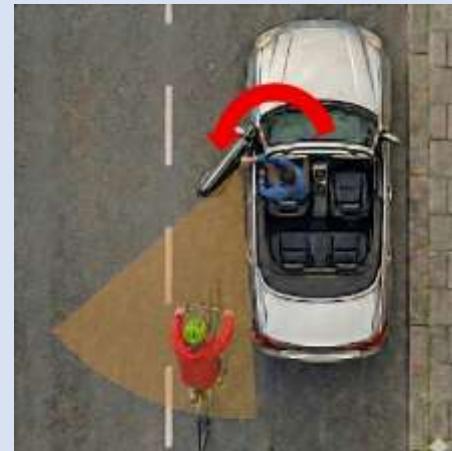
Im Verkehrsausschuss der Hamburgische Bürgerschaft haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Führerscheinerwerb bezahlbar bleibt und gleichzeitig die Fahrausbildung moderner und sicherer wird. Mit einem rot-grünen Ausschussspettum hat der Ausschuss beschlossen, dass Hamburg auf Bundesebene aktiv werden soll. Konkret geht es darum, die vom Bund angekündigte Reform der Fahrschulausbildung zügig umzusetzen, digitale Lernangebote stärker zu nutzen und Kostensteigerungen wirksam zu begrenzen. Steigende Führerscheinkosten dürfen gerade junge Menschen nicht vom Erwerb ausschließen – zumal das Auto für viele weiterhin eine wichtige Rolle spielt, etwa im Berufsalltag oder dort, wo der ÖPNV an Grenzen stößt. Wichtig ist uns außerdem, dass bestandene Theorieprüfungen nicht verfallen, nur weil es Verzögerungen bei der praktischen Prüfung gibt. Auch die Möglichkeit, die praktische Fahrprüfung künftig auf Englisch abzulegen, soll vorangebracht werden – ein echter Gewinn für Teilhabe und Fachkräftegewinnung.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verkehrssicherheit. Besonders sogenannte Dooring-Unfälle, bei denen Radfahrende mit plötzlich geöffneten Autotüren kollidieren, führen immer wieder zu schweren Verletzungen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, den „Holländischen Griff“ verbindlich in Fahrschulausbildung und Verkehrsregeln zu verankern. Diese einfache Technik sorgt dafür, dass der rückwärtige Verkehr automatisch in den Blick kommt und kann Leben schützen.

Über das Petitum des Verkehrsausschusses entscheidet die Bürgerschaft in einer ihrer nächsten Sitzungen. Für mich ist klar: Moderne Mobilität heißt, bezahlbar zu bleiben, neue Wege zu gehen und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden konsequent mitzudenken.

Was ist der „Holländische Griff“?

Der „Holländische Griff“ ist eine in den Niederlanden bewährte Sicherheitsstrategie, bei der die Autotür jeweils mit der Hand geöffnet wird, die weiter von der Tür entfernt ist. Dadurch dreht sich der Oberkörper automatisch, der Blick geht nach hinten, und Radfahrende werden rechtzeitig erkannt – unabhängig davon, wo man im Auto sitzt.



Wohnungsbau-Turbo: Mehr Tempo für bezahlbares Wohnen in Hamburg

Der Bundestag hat im Oktober 2025 das Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung beschlossen. Kernstück ist der neue Paragraf 246e im Baugesetzbuch, der sogenannte Wohnungsbau-Turbo. Er ermöglicht es, Bauvorhaben deutlich schneller und flexibler zu genehmigen, indem auf aufwendige Bebauungsplanverfahren verzichtet werden kann.

Vor diesem Hintergrund haben die Regierungsfraktionen von SPD und Grünen in Hamburg einen Antrag eingebracht, mit dem der Hamburger Senat aufgefordert wird, diese neuen Möglichkeiten konsequent zu nutzen. Ziel ist es, gemeinsam mit den Bezirken geeignete Flächen zu identifizieren, Verfahren zu vereinfachen und die Bezirke umfassend auf die Anwendung des Wohnungsbau-Turbos vorzubereiten. Vorgesehen sind unter anderem klare Handlungshilfen, Schulungen und Musterverträge.

Bezahlbares Wohnen ist eine zentrale soziale Frage unserer Zeit. Seit 2011 sind in Hamburg mehr als 108.000 neue Wohnungen entstanden, darunter über 30.000 Sozialwohnungen. Um auch künftig ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, braucht es Tempo, Verlässlichkeit und rechtssichere Verfahren. Der Wohnungsbau-Turbo bietet dafür eine echte Chance, schneller voranzukommen und dringend benötigte Wohnungen auf den Weg zu bringen.

Hamburg setzt dabei bereits bundesweit Maßstäbe, etwa mit der Entbürokratisierungs- und Digitalisierungsoffensive sowie dem Hamburg-Standard zur Senkung von Baukosten. Entscheidend ist nun, die neuen Instrumente rechtssicher und zielgerichtet umzusetzen. Die Bezirke bleiben dabei unverzichtbare Entscheidungsträger mit ihrer Expertise vor Ort. So entstehen gute Voraussetzungen, damit bezahlbarer Wohnraum schneller, sozial, ökologisch und verlässlich realisiert werden kann.

👉 Den Antrag finden Sie in der Parlamentsdatenbank unter www.buergerschaft-hh.de/parldok nach Eingabe der Drucksachenummer 23/1752.

Eine neue Oper für Hamburg

Die Hamburgische Bürgerschaft hat sich am 24. September 2025 mit dem geplanten Neubau der Staatsoper auf dem Baakenhöft befasst. Der Standort bietet die Möglichkeit, Kultur, Stadtentwicklung und öffentlich zugängliche Räume miteinander zu verbinden.

Ein wesentlicher Punkt ist die Finanzierung. Eine Generalsanierung der Staatsoper am bisherigen Standort müsste die Stadt vollständig selbst tragen. Beim Neubau auf dem Baakenhöft ist die Kostenverteilung klar geregelt: Die Kühne-Stiftung finanziert den Bau des Opernhauses vollständig und übergibt das Gebäude nach Fertigstellung an die Stadt. Hamburg beteiligt sich mit 147,5 Millionen Euro an standortspezifischen Mehrkosten, insbesondere für Gründung und Flutschutz. Dieser Betrag ist gedeckelt und würde bei jedem Bauprojekt an diesem Ort anfallen. Hinzu kommen 100 Millionen Euro für die Gestaltung der öffentlichen Flächen rund um das Opernhaus, die als Erweiterung des Lohseparks allen Hamburgerinnen und Hamburgern offenstehen sollen.

In einem architektonischen Qualifizierungsverfahren hat sich das Büro Bjarke Ingels Group (BIG) mit einem Entwurf durchgesetzt, der eine rundum begehbar, begrünte Dachlandschaft vorsieht. Terrassierte Balkone und öffentliche Wege sollen neue Aufenthaltsqualitäten schaffen und den Ort auch unabhängig von einem Opernbesuch zugänglich machen.

Der Entwurf wird nun gemeinsam von Stiftung, Stadt und der Hamburgische Staatsoper weiter ausgearbeitet. In den kommenden zwei Jahren sollen Architektur, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit so konkretisiert werden, dass Ende 2027 eine abschließende Durchführungsentscheidung getroffen werden kann.

Mit dem Projekt verbindet Hamburg kulturelle und architektonische Ansprüche mit der Entwicklung neuer öffentlicher Räume an der Elbe. Zugleich bleibt das bestehende Operngebäude erhalten und wird weiterhin kulturell genutzt. Ob das Vorhaben realisiert wird, entscheidet sich nach Abschluss der laufenden Planungen.

👉 Weitere Informationen finden Sie unter: www.hamburg.de/oper



Visualisierung des geplanten Opernneubaus auf dem Baakenhöft: Das Gebäude soll eine öffentlich zugängliche, begrünte Dachlandschaft erhalten und neue Freiräume an der Elbe schaffen.

Bild: © BIG & Yanis Amasri Sierra, Madrid, Spain

Aus dem Wahlkreis Altona-West

U5 für Lurup und Osdorf: Jetzt geht es konkret voran

Mit der Entscheidung, den Osdorfer Born und Lurup über die U5 an das Schnellbahnnetz anzubinden, ist für den Hamburger Westen eine zentrale Weichenstellung erfolgt. Statt einer S-Bahn-Lösung wird damit eine leistungsfähige U-Bahn realisiert – ein wichtiger Schritt für die langfristige Entwicklung der Stadtteile. Dabei war uns als Politikerinnen und Politikern besonders wichtig, dass mit dieser Entscheidung auch klar wird: Dieses Projekt soll zügig und verlässlich vorangebracht werden. Genau das ist jetzt sichtbar: Mit dem jetzigen Start des Beteiligungsprozesses und einer klaren, stringenten Planung für dieses Jahr zeigt sich, dass es mit der U5 ernst gemeint ist. Die Hamburger Hochbahn bindet die Bürgerinnen und Bürger ein, macht die Planungen transparent und nimmt Hinweise aus den Stadtteilen gezielt auf. Diesen Ansatz begrüße ich sehr – denn gute Verkehrsinfrastruktur entsteht im Dialog mit den Menschen vor Ort.

Das wurde bereits bei den ersten Beteiligungsveranstaltungen zur Lage der künftigen Haltestellen in Osdorf und Lurup deutlich. Trotz Schnee und Eis waren die beiden Veranstaltungen gut besucht. Viele nutzten die Gelegenheit, sich umfassend zu informieren, mit den Planer:innen der Hochbahn ins Gespräch zu kommen und ihre Wunschstandorte für die Haltestellen mit einem Pin auf der Karte zu markieren. Besonders beeindruckend war auch der Austausch untereinander: Trotz unterschiedlicher Auffassungen wurde kontrovers, aber sachlich und respektvoll diskutiert. In Lurup sprach sich eine Mehrheit für eine Haltestelle im Bereich des Eckhoffplatzes aus, in Osdorf wurde vor allem das Umfeld des Born Centers favorisiert.

Wer keine Gelegenheit hatte, an einer der Veranstaltungen teilzunehmen, kann sich noch bis zum 25. Januar 2026 am Online-Dialog unter www.schneller-durch-hamburg.de beteiligen und Hinweise einbringen. Die Ideen und Anregungen aus den Stadtteilen fließen in die laufenden Planungen ein. Bereits im Frühjahr 2026 sollen erste Zwischenergebnisse der Variantenuntersuchung vorgestellt werden, bevor bis Ende 2026 die Grundlagenermittlung und Vorplanung abgeschlossen werden.

Klar ist zugleich: Die Realisierung der U5 wird noch Zeit in Anspruch nehmen. Die Inbetriebnahme und damit der erstmalige Schnellbahnanschluss für Lurup und Osdorf ist derzeit für etwa 2040 vorgesehen. Um die Mobilität schon vorher spürbar zu verbessern, wurde mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2025 der Expressbus X21 eingeführt. Er verbindet den Osdorfer Born über Lurup direkt mit der S-Bahn in Stellingen und der U-Bahn am Hagenbecks Tierpark und ermöglicht dort den Umstieg in das Schnellbahnnetz.

Der X21 ersetzt die U5 nicht – aber er ist eine deutliche Verbesserung für den Alltag vieler Menschen, solange die Schnellbahnbindung geplant und gebaut wird. Entscheidend bleibt: Mit der U5 rückt ein lange verfolgtes Ziel Schritt für Schritt näher – gemeinsam mit den Stadtteilen und den Menschen, die dort leben.



Konkrete Beteiligung: Auf der Planungskarte konnten Bürgerinnen und Bürger ihre bevorzugten Standorte für die künftigen U5-Haltestellen markieren.

600.000 Euro für den ASB Hamburg-West: Stärkung von Bevölkerungsschutz und Ehrenamt

Der Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg-West leistet seit über 30 Jahren unverzichtbare Arbeit in unserem Bezirk – im Bevölkerungsschutz, im Sanitätsdienst sowie in der Senioren- und Jugendarbeit. Mit rund 11.000 Mitgliedern ist der Ortsverband in zwölf Stadtteilen Altonas aktiv und ein fester Bestandteil unserer sozialen Infrastruktur. Um diese wichtige Arbeit langfristig abzusichern, hat der ASB im vergangenen Jahr eine Halle in Altona aus eigenen Mitteln für 2,05 Millionen Euro erworben. Das Gebäude soll zu einer zentralen Einsatzbasis für Katastrophenschutz, Sanitätsdienste und soziale Projekte ausgebaut werden. Die Gesamtkosten der Sanierung liegen bei rund 1,6 Millionen Euro, den überwiegenden Teil davon trägt der Verband selbst.

Um dieses Vorhaben gezielt zu unterstützen, haben auf meine Initiative hin die Regierungsfraktionen von SPD und Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft Ende des vergangenen Jahres insgesamt 600.000 Euro für die energetische Sanierung der Halle beschlossen – je zur Hälfte aus dem Sanierungsfonds 2030 und dem Quartiersfonds. Damit wird eine entscheidende Finanzierungslücke geschlossen. Mit den Mitteln werden unter anderem das Dach vollständig saniert, Fassaden energetisch ertüchtigt sowie Fenster und Heiztechnik erneuert. Das verbessert dauerhaft die Klimabilanz des Gebäudes, senkt laufende Kosten und macht die Halle zukunftsfest. Vor allem aber stärken wir damit ganz konkret den Zivil- und Katastrophenschutz sowie das ehrenamtliche Engagement vor Ort. So entsteht in Altona ein moderner Standort, von dem aus Hilfe organisiert, Engagement gebündelt und Solidarität gelebt werden kann – ein Gewinn für die Einsatzkräfte, für den Stadtteil und für unsere Stadtgesellschaft.



Orstermin auf dem Dach der künftigen ASB-Halle: Gemeinsam mit dem Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg-West und den Planer:innen vor Ort beim Ausbau zur zentralen Einsatzbasis für Bevölkerungsschutz, Ehrenamt und soziale Projekte.

Foto: ASB Ortsverband Hamburg West / Henning Angerer

15.000 Euro für den Kleingartenverein Veer Moor – Investition in Gemeinschaft und Energieeffizienz

Der Kleingartenverein Veer Moor in Lurup hat auf Initiative von uns Wahlkreisabgeordneten und auf Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft aus Tronc-Mitteln 15.000 Euro für den Einbau moderner Fenster mit Rollläden erhalten. Gemeinsam mit Philine Sturzenbecher habe ich mir noch vor den Feiertagen vor Ort angesehen, was diese Unterstützung konkret bewirkt hat.

Der Verein wurde 1961 gegründet und zählt heute über 500 Mitglieder aus unterschiedlichen Generationen und Herkunftslandern. Das Vereinshaus ist entsprechend in die Jahre gekommen, auch die bisherigen Fenster stammten noch aus der Bauzeit. Ihr schlechter Zustand führte zu erheblichen Wärmeverlusten, steigenden Energiekosten und schränkte die Nutzung der Räume deutlich ein. Die Sanierung war deshalb dringend notwendig.

Mit den neuen Fenstern und Rollläden konnten die energetischen Bedingungen spürbar verbessert werden. Das senkt dauerhaft die Betriebskosten und macht das Vereinshaus wieder besser nutzbar, etwa für Versammlungen, Veranstaltungen und das lebendige Vereinsleben.

Kleingärten sind weit mehr als grüne Rückzugsorte. Sie sind Treffpunkte, Orte der Begegnung und ein wichtiger Teil der Stadtteilkultur. Umso mehr freut es mich, dass wir mit gezielten Tronc-Mitteln einen Beitrag leisten konnten, der den Zusammenhalt im Stadtteil stärkt und Klimaschutz ganz praktisch unterstützt.



Gemeinsam für ein starkes Vereinsleben: Beim Besuch im Vereinshaus des Kleingartenvereins Veer Moor wurde deutlich, wie wichtig Investitionen in Gemeinschaft und Nachhaltigkeit sind. V. l. n. r.: Peter Meißner (2. Vorsitzender des Kleingartenvereins Veer Moor), die beiden SPD-Wahlkreisabgeordneten Frank Schmitt und Philine Sturzenbecher, Horst Gutzeit (Ehrenmitglied), Uwe Meinekat (1. Vorsitzender), Willi Weber (Ehrenmitglied).

Ansprechen lohnt sich: Neue Bänke in der Ueckerstraße

Im Februar 2025 war Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher auf Einladung der SPD Lurup zu Besuch in der Elbaupassage. Am Rande eines Wahlkampfstands kam er mit einer Bürgerin ins Gespräch, die auf etwas sehr Konkretes aufmerksam machte: In Lurup gebe es zu wenige Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum; sie wünsche sich zusätzliche Bänke in der Ueckerstraße, wo aus ihrer Sicht auch durchaus Platz dafür sei. Diesen Hinweis haben wir gerne aufgegriffen und gemeinsam mit dem Bezirksamt Altona geschaut, wo in der Ueckerstraße zusätzliche Sitzbänke sinnvoll möglich sind.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Inzwischen stehen neue Sitzbänke an den Kreuzungen Ueckerstraße/ Rindowstraße und Ueckerstraße/ Welsestraße.

Dieses Beispiel zeigt, dass es sich lohnt, Anliegen und Ideen anzusprechen – auch bei vermeintlich kleinen Dingen. Wir hören zu, prüfen, was möglich ist, und setzen uns für konkrete Verbesserungen im Stadtteil ein.



Sitzbänke im öffentlichen Raum der Ueckerstraße

Im Dialog und im Austausch

Im Gespräch vor Ort – Adventskaffee in Rissen

Am ersten Adventswochenende hatte ich zum Adventskaffee nach Rissen eingeladen. Viele Gäste kamen, um in weihnachtlicher Atmosphäre bei Kaffee und Kuchen miteinander ins Gespräch zu kommen.

Nachdem alle mit einem Stück Kuchen ihrer Wahl versorgt waren, gab ich einen kurzen Rückblick auf meine Arbeit in der Hamburgischen Bürgerschaft im sich dem Ende zuneigenden Jahr. Dabei ging es unter anderem um den Hamburger Zukunftsentscheid, mit dem sich die Hamburgerinnen und Hamburger für einen noch ambitionierteren Weg in Richtung Klimaneutralität entschieden haben. Dieses Votum ist zu respektieren, und der damit verbundene Auftrag muss nun verantwortungsvoll umgesetzt werden. Gleichzeitig bleibt es wichtig, Klimaschutz sozial verträglich und fair zu gestalten, denn nur so kann er dauerhaft wirken.

Auch eine mögliche Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Spiele war Thema des Nachmittags. In der Diskussion wurde deutlich, dass sich die aktuelle Bewerbung in wichtigen

Punkten von der Bewerbung vor rund zehn Jahren unterscheidet. Diese Einordnung führte auch bei zunächst skeptischen Stimmen zu einer differenzierteren Betrachtung.

In einer anschließenden Abstimmung sprach sich schließlich eine Mehrheit der Anwesenden für eine Bewerbung aus. Ausschlaggebend waren dabei insbesondere die Argumente, dass es sich um ein Zukunftsprojekt für die Stadt handelt und dass eine Bewerbung Chancen für Sport, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe eröffnet sowie Hamburg nachhaltig voranbringen kann.

Der Nachmittag bleibt in guter Erinnerung – geprägt von vielen guten Gesprächen und einer offenen, angenehmen Atmosphäre.



Gespräche bei Kaffee und Kuchen: Beim Adventskaffee in Rissen stand der offene Austausch im Mittelpunkt.

Austausch zum Jahresauftakt: Neujahrsempfang der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Zum Jahresauftakt hat die SPD-Fraktion Hamburg rund 900 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Ehrenamt zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang im Hamburger Rathaus begrüßt. Der Empfang bot einen guten Rahmen für Gespräche, neue Impulse und den Austausch über die politischen Herausforderungen des kommenden Jahres.

Auf dem Podium stand die mögliche Hamburger Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele im Mittelpunkt. Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Kienscherf und Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher warben die zweifache Paralympics-Siegerin Edina Müller und der ehemalige Fußballprofi sowie Nationaltrainer der deutschen Olympiamannschaft Horst Hrubesch für die Chancen, die Olympische und Paralympische Spiele für Hamburg bieten können. Deutlich wurde dabei, wie sehr Sport Menschen verbindet, Begeisterung entfacht und Impulse für Inklusion, Zusammenhalt und die Entwicklung der Stadt setzen kann.

Der Neujahrsempfang stand unter dem Motto „Hamburg sind wir alle“ und machte einmal mehr sichtbar, wie vielfältig und engagiert unsere Stadtgesellschaft ist. Für mich war die Veranstaltung eine gute Gelegenheit, viele Gespräche zu führen, Kontakte zu vertiefen und mit einem klaren Blick nach vorn in das neue politische Jahr zu starten.

Im Austausch mit den Einsatzkräften: Neue Fahrzeuge für die Freiwillige Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit in unserer Stadt – gerade in einer wachsenden Metropole wie Hamburg. Damit sie ihre Aufgaben auch zukünftig weiterhin zuverlässig erfüllen kann, braucht es moderne und leistungsfähige Ausstattung.

Im Oktober des vergangenen Jahres wurden insgesamt 57 neu angeschaffte Einsatzfahrzeuge offiziell an die Hamburger Freiwilligen Feuerwehren übergeben. Bei der Übergabe durch Landesbereichsführer Harald Burghart und Innensenator Andy Grote hatte ich die Gelegenheit, mir einige der Fahrzeuge vor Ort anzusehen und mit den Einsatzkräften ins Gespräch zu kommen. Dabei wurde eines sehr deutlich: So wichtig moderne Technik ist – sie wirkt nur dann, wenn Menschen da sind, die Verantwortung übernehmen und sie im Ernstfall einsetzen. Mein besonderer Dank gilt deshalb allen, die sich ehrenamtlich in der Freiwilligen Feuerwehr engagieren. Ihr Einsatz ist eine tragende Säule des Bevölkerungsschutzes in Hamburg. Als Bürgerschaft unterstützen wir dieses Engagement ganz bewusst – mit verlässlichen Investitionen, moderner Ausstattung und guten Rahmenbedingungen.



Mehr als 50 neue Einsatzfahrzeuge für die Freiwillige Feuerwehr – ein wichtiger Beitrag für schnelle Hilfe in einer wachsenden Stadt.

Bundeswehr in Hamburg: Verantwortung für Sicherheit und Katastrophenschutz

Am 16. Januar war ich zum Neujahrsempfang der Bundeswehr eingeladen. Solche Begegnungen sind mir wichtig, weil sie deutlich machen, wie fest die Bundeswehr in unserer Stadt verankert ist.

2025 hat die Bundeswehr ihren 70. Gründungstag gefeiert. Seit sieben Jahrzehnten steht sie an der Seite unserer Demokratie und trägt Verantwortung für Sicherheit, Frieden und Freiheit.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt uns täglich, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist. Neben dem Krieg erleben wir auch hybride Bedrohungen, Desinformation und Angriffe auf kritische Infrastruktur.

Umso wichtiger ist es, unsere Wehrhaftigkeit zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren weiter auszubauen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür war die Übung „Red Storm Bravo“ im vergangenen September hier in Hamburg. Ich konnte mir persönlich ein Bild machen und war beeindruckt von der Professionalität und dem abgestimmten Vorgehen aller Beteiligten – von der Truppenverlegung bis zur Drohnenabwehr.

Sicherheit ist kein Selbstzweck. Sie dient dem Schutz unserer offenen und freien Gesellschaft. Deshalb bin ich froh, dass die Bundeswehr in Hamburg fest verankert ist und eng mit zivilen Organisationen im Katastrophenschutz zusammenarbeitet.



Austausch mit Kapitän zur See Kurt Leonards, dem Kommandeur des Landeskommmandos Hamburg, über Sicherheit, Landesverteidigung und zivil-militärische Zusammenarbeit.

Veranstaltungen / Termine

Bürgerschaftssitzungen

Die Hamburgische Bürgerschaft tagt in der Regel jeden zweiten Mittwoch ab 13:30 Uhr im Plenarsaal des Hamburger Rathauses. Sie können die Sitzungen bequem von zu Hause aus im Livestream verfolgen – wahlweise mit Gebärdensprache oder Untertiteln – auf der Internetseite www.hamburgische-buergerschaft.de.

Noch eindrucksvoller ist der Besuch vor Ort: Gerne können Sie sich über mein Büro frühzeitig einen der begrenzten Plätze auf der Tribüne reservieren und eine der Sitzungen persönlich miterleben.

Ausschusssitzungen

Auch die Ausschusssitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft sind öffentlich und können ohne vorherige Anmeldung besucht werden. Alle aktuellen Termine und Tagesordnungen finden Sie im Kalender auf der Internetseite www.hamburgische-buergerschaft.de/aktuelles/termine, sowie auf den jeweiligen Ausschuss-Seiten unter www.hamburgische-buergerschaft.de/unsere-arbeit/ausschuesse.

Rundgang durch das Hamburger Rathaus

Das Hamburger Rathaus ist nicht nur ein historisches Wahrzeichen, sondern auch der zentrale Ort, an dem die politischen Entscheidungen Hamburgs getroffen werden. Ich lade Sie herzlich zu einem gemeinsamen Rundgang ein, bei dem Sie die prachtvollen Räumlichkeiten dieses beeindruckenden Gebäudes entdecken und zugleich Einblicke in die politischen Prozesse unserer Stadt erhalten.

Sonntag, 1. Februar 2026, 14:15 Uhr-16:15 Uhr

Anmeldeschluss: 29. Januar 2026

Rathaus, Rathausmarkt 1, Hamburg-Altstadt

Treffpunkt: Rathausdiele in der Mitte, Dauer: ca. 2 Stunden

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, daher bitte ich um **Anmeldung**:

Sie können Ihr kostenloses Ticket ganz einfach direkt buchen unter:

pretix.eu/frank-schmitt (oder nebenstehenden QR-Code scannen).

Sollte Ihnen das nicht möglich sein, setzen Sie sich gerne mit meinem Büro in Verbindung.



Hinweis: Auch Schulklassen, Vereine, Institutionen und Freizeitgruppen können einen individuellen Rundgang mit mir durch das Hamburger Rathaus vereinbaren. Mein Abgeordnetenbüro unterstützt Sie gerne bei der Planung.

Frühlingsempfang

Der persönliche Austausch mit den Menschen im Wahlkreis ist mir ein wichtiges Anliegen. Deshalb lade ich Sie herzlich zu einem Frühlingsempfang ins Fama Café und Bistro ein. Bei Kaffee und Kuchen möchte ich mit Ihnen in entspannter Atmosphäre ins Gespräch kommen und über die Themen sprechen, die Sie bewegen. Bringen Sie gerne Ihre Fragen, Anregungen und auch Kritik mit – der direkte Dialog ist mir besonders wichtig.

Samstag, 28. März 2026, 14:30 Uhr – 16:30 Uhr

Anmeldeschluss: 23. März 2026

Lurup, Fama Café und Bistro, Luruper Hauptstraße 247

Für die Planung bitte ich um **Anmeldung** telefonisch unter 040 / 876 00 466 oder per E-Mail an moin@frank-schmitt.info.

Impressum

Newsletter abonnieren

Mein regelmäßig erscheinender Newsletter ist kostenfrei erhältlich. Sie können die neueste Ausgabe automatisch per E-Mail oder Post erhalten, je nachdem, welche Variante Sie bevorzugen. Wenn Sie den Newsletter per Post erhalten möchten, bestellen Sie ihn einfach direkt über mein Abgeordnetenbüro.

Dies ist die gedruckte Version meines Newsletters. Für die elektronische Ausgabe scannen Sie einfach den nebenstehenden QR-Code oder tragen Sie sich direkt auf meiner Website www.frank-schmitt.info in die Verteilerliste ein. Bitte bestätigen Sie die E-Mail, die Sie daraufhin erhalten – prüfen Sie dazu ggf. auch Ihren Spam-Ordner.



Ich freue mich über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit.

Kontakt



Frank Schmitt
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
Wahlkreisabgeordneter für den Wahlkreis Altona-West

SPD-Abgeordnetenbüro Frank Schmitt

Luruper Hauptstraße 274, 22547 Hamburg

Öffnungszeiten:

Montags von 10 bis 13 Uhr und dienstags von 14 bis 17 Uhr

Vereinbaren Sie außerhalb der Öffnungszeiten gerne einen Termin.

In den Ferien ist mein SPD-Abgeordnetenbüro geschlossen.



(040) 87 600 466



0152 53 77 49 10



moin@Frank-Schmitt.info



Frank-Schmitt.info



@fschmittwk4



@fschmittwk4



Zum Wahlkreis Altona-West gehören die Stadtteile Lurup, Osdorf, Iserbrook, Groß Flottbek, Rissen, Sülldorf, Blankenese und Nienstedten.
